

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 10/53. Jahrgang

Oktober 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

Kein Baum, kein Gebüsch für verfehlte Stadtpolitik am Schwanenteich

Zehn Jahre lang tat sich nichts am Schwanenteich. Das grün geführte Gartenamt wusste, dass zwischen Teich und Wieseck Wasser auströpfelte. Die Stadtregierung dokumentierte ihre eigene Nachlässigkeit: Sie hatte für die Landesgartenschau (LAGA) Bäume fällen lassen, deren zurückgelassene verfaulende Wurzeln Hohlräume gebildet hatten.

2022 kommt Hektik bei Umweltdezernentin Weigel-Greilich und ihrem Stab auf. Es gibt Geld von der Landeskasse, aber nur, wenn die Arbeiten bis 2024 abgeschlossen sind. 3,4 Mio. Zuschuss sind für eine klamme Kommune erheblich. Und außerdem kann sich Frau Weigel-Greilich für die Niederlage an den Bürgern revanchieren, die vor der



LAGA den Schwanenteich gerettet hatten.

Das, was am einfachsten ist, will "Kettensägen-Gerda" machen: Tabula rasa! Alles Grünzeug weg! Das schaffen geübte LAGA-Baumfäller in wenigen Tagen. Neuer Aufbau des Weges – fertig! Geringe Folgekosten, das Gartenamtpersonal kann weiter reduziert

werden.

Damit auch eine ökologische Begründung dabei ist, will man zwischen Weg und Schwimmbad ein „Nebengerinne“ mäandern lassen. Damit die Jahrhundertwelle nicht das Schwimmbad erreicht.

Dass auf der anderen Seite des Teichs die Gebüsche und Bäume fallen sollen, setzt den unausgegorenen Plänen die Krone auf. Ökologisch sinnvolle Alternativen ziehen die Stadtregierung und ihre Gutachten nicht einmal in Erwägung.

Fortsetzung auf Seite 2

Nächstes Ziel: Straßenbahn für Gießen

Mit einer Fahrraddemo entlang der angestrebten ersten Strecke haben Verkehrswende-Aktive am 03.09. eine Kampagne für den Bau einer Straßenbahn begonnen. Die Umstellung des ÖPNV auf Straßenbahnen als Hauptverkehrsträger hat viele Gründe. Zunächst sind Straßenbahnen die leistungsfähigsten motorisierten Verkehrsmittel, d. h. sie können die meisten Menschen pro Zeiteinheit trans-

portieren. Sie brauchen wenig und vor allem kaum versiegelte Fläche, sind barrierefrei und bereits jetzt elektrisch unterwegs. Anders als Autos und Busse kommen sie in Fußgänger*innenzonen klar.

Daher fordern Verkehrswende-Initiativen in ihrem Verkehrswendevorschlag für Gießen mehrere Tramlinien (proregiotram.de). Eine

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Klimademo am 23.09.	S. 2
Offener Brief von Eritreern / Lio-Turnhalle / Essiggässchen	S. 3
Habecks nukleare Kaltreserve / Lauterbachs Kommission enttäuscht	S. 4
Referenden Ostukraine / SDAJ: Keine Kampfpanzer für Ukraine	S. 5
Nein zu Verarmung und Krieg / Leserbrief	S. 6
Sommerfest der DKP / Dummste Regierung Europas	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!



Fortsetzung von Seite 1

Kein Baum, kein Gebüsch für verfehlte Stadtpolitik am Schwanenteich

Gäbe es nicht die alten Kämpfer(innen), die den Teich schon 2014 gegen die LAGA geschützt haben und die große Menge der kritischen Gießener mit ihren „Widerstands-Genen“, wäre es leichtes Spiel für die Stadtregierung.

Nun formiert sich die Bürgerinitiative „Rettet den Schwanenteich“. Sie findet baumerhaltende Alternativen. Mit großem Wissen hilft ein Fachmann der Gailschen Tonwerke. Eine Alternative ohne Baum-

fällung wird der Öffentlichkeit vorgestellt. BUND, HGON und NABU unterstützen die Argumente der BI. Kleine Zugeständnisse der Stadtregierung werden schon erkämpft. Aber Markierungen der BI an den 160 zu fällenden Bäumen hat das Gartenamt abgerissen.

Die DKP ist mit Martina Lennartz im Parlament vertreten. Die Sprecherin der Bürgerinitiative „Wieseckau“ arbeitet, wie andere Mitglieder der DKP, in der neuen BI mit. Wir unter-

stützen die Forderungen der BI, dass kein Baum, kein Strauch geopfert werden darf. Unsere Politik für die arbeitenden Menschen und Gießener Bürger verlangt, dass Erholungsgebiete erhalten bleiben. Angesichts der Klimaerwärmung sind Bäume für Menschen, Pflanzen und Tiere lebenserhaltend.

Am 6. Oktober soll das Stadtparlament über das 4 Millionen-Projekt entscheiden.

Mario Berger



Kundgebung der BI am 20.09.2022 vor der Ausschusssitzung



Raddemo für eine RegioTram am 03.09.2022

Fortsetzung von Seite 1

Nächstes Ziel: Eine Straßenbahn für Gießen

davon soll auf der Grünberger Straße und bis zum Marktplatz verlaufen. Diese soll nun, so die Forderung, genauer untersucht werden, weil die Grünberger Straße und die Neuen Bäume ohnehin neu gestaltet werden sollen. Angesichts hoher Zuschüsse für den Schienenbahnverkehr könnte der Bau der Tramlinie sogar günstiger sein als eine Straßensanierung auf eigene Faust.

Etwas Besonderes am Vorschlag der Verkehrswende-Initiativen ist, dass die Straßenbahnen in vier

Richtungen am Stadtrand auf vorhandene Bahngleise überwechseln sollen (daher der Begriff "Regio-Tram") und somit die umliegenden Orte anbinden sollen. Aus denen kommen die meisten PKW in die Gießener Innenstadt. Menschen könnten dann umsteigefrei ins Zentrum fahren. Weitere Straßenbahnlinien sollen in die Weststadt, durch die Nordstadt nach Wieseck und Richtung Süden führen. Die Innenstadt könnte asphaltfrei und fußgänger*innenfreundlich gestaltet werden, wenn Busse nur noch als

Zubringer zu den Tram- und Zughaltstellen nötig wären.

Die Verkehrswende-Initiativen fordern, sofort eine Machbarkeitsstudie zu erstellen und wollen mit mehreren Aktionen dafür werben. Gruppen rund um Gießen beteiligen sich mit eigenen Aktionen und fordern mehr Haltestellen sowie bessere Verbindungen in ihren Orten (*giessen-autofrei.siehe.website*).

Jörg Bergstedt



Klimademo in Gießen

Pandemie und Krieg, vor allem aber der Klimawandel machen vielen jungen Menschen zu schaffen. Kriege und Manöver werden allerdings als Hauptverursacher der Klimakatastrophe von noch zu wenigen erkannt. 750 Demonstranten waren am 23.09. auf der lauten und bunten Demo mit vielen Redebeiträgen. Die BI „Rettet den Schwanenteich“ warnte vor der THM, das artenreiche Biotop durch die geplanten Rodungen am Schwanenteich zu zerstören. Viele Rednerinnen und Redner forderten Klimagerechtigkeit und vor allem

von der Politik einen neuen Kurs, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch abwenden zu können. Dabei stellten auch einige den Kapitalismus infrage, der Ursache für die Klimakrise ist.

M.L.



Klimademo am 23.09.2022

Offener Brief: Gießener Eritreerinnen und Eritreer wenden sich an die Stadt

An die Mitglieder des Stadtparlaments Gießen, an die Gießener Parteien

Sehr geehrte Damen und Herren, wir jungen Eritreerinnen und Eritreer, wenden uns an Sie bezüglich der Vorfälle um das eritreische Konzert am 20. August in den Hessenhallen in Gießen. Wir verstehen nicht, wie es kriminellen Schlägern ermöglicht wurde, mit brutaler Gewalt auf die Veranstalter einzuprügeln. Wir verstehen nicht, dass die Polizei nicht in der Lage war, die Gewalttäter außer Gefecht zu setzen, dass sie die Veranstaltung auflösten, anstatt sie zu schützen. Dass mit Klaus-Dieter Grothe auch ein Gießener Stadtverordneter diesen Überfall gerechtfertigt hat, sollte unseres Erachtens nicht folgenlos bleiben. Wir sind entsetzt über seine Worte, mit denen er das Ergebnis der Gewalttatsache als „Sieg der Gerechtigkeit und Demokratie“ bejubelte und die Übeltäter weiter befeuerte, auch wenn er sich im

Nachgang halbherzig distanzierte. Wir beobachten seine Haltung und aggressive Hetze gegenüber Eritrea schon seit geraumer Zeit, mit der er uns und unsere Heimat verleumdet und wir bedauern, dass damit ein feindliches Klima von Misstrauen und Vorurteilen erzeugt wird. Gießen ist für die meisten von uns unsere Geburtsstadt und wir leben sehr gerne hier. Nicht zu Unrecht gilt Gießen als weltoffene Stadt, in der fremdenfeindliche Übergriffe selten sind. Wir möchten gerne in Frieden und mit gegenseitiger Achtung und Toleranz mit allen Menschen zusammenleben. Wir möchten aber

auch unsere Kultur und die unserer Eltern leben und unsere Veranstaltungen, ohne Diskriminierung und Angst vor Überfällen besuchen dürfen. Wir wünschen uns auf unseren kulturellen Veranstaltungen, zu der Familien, Kinder und Freunde einmal im Jahr zueinander finden, in Harmonie verweilen zu dürfen. Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen verstehen können und aus den Vorfällen die notwendigen Konsequenzen ziehen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

(76 Unterschriften mit Adressen)
22. September 2022

Essiggässchen öffnen!

Vor 50 Jahren wurde das Essiggässchen, ein Fußweg, der unter einem Bahndamm den Riegelpfad mit der Alicenstraße verbindet, mit einer fragwürdigen Begründung geschlossen. Obwohl der Fußweg nach wie vor als öffentlicher Verkehrsraum gilt und im Verkehrsentwicklungsplan der Stadt aufgeführt ist, wurde er nie wieder geöffnet.

Jetzt will die Stadt den Weg umwidmen und endgültig schließen. Das widerspricht dem Anspruch, im Rahmen der Verkehrswende fußläufige Verbindungen attraktiver zu machen. Die Benutzung dieses Gässchens könnte einige Wege in und aus der Innenstadt kürzer und angenehmer machen. Aber was ist von diesem Magistrat anderes zu erwarten als die Nichterfüllung der Wünsche vieler Gießener?

Gernot Linhart



Lio-Turnhalle: Stadt plant Profit für Investoren

Seit Jahren ist die Turnhalle der Liebigsschule geschlossen. Obwohl das Bauwerk ziemlich neu ist, gilt es als nicht renovierbar. Jetzt endlich liegen Pläne für einen Neubau vor. Die Stadt will aber nicht selber bauen, sondern sucht einen Investor. Dieser soll das Gebäude finanzieren und für 30 Jahre an die Stadt vermieten. Angeblich würde das den Etat erheblich entlasten.

Das wäre aber nur eine kurzfristige Einsparung. Auf die 30 Jahre Mietzeit kommt sie die Stadt teuer zu stehen. Der Investor will natürlich eine höhere Rendite erzielen als ein Bankkredit kostet. Mieten werden üblicherweise so berechnet, dass

sich eine Investition in 15 Jahren amortisiert, in der zweiten Hälfte der Mietdauer und danach realisiert der Bauherr seinen Profit. Bei solchen Vorhaben sind die Verträge (die in der Regel geheim gehalten werden) so gestaltet, dass der Investor keinerlei Risiko eingeht. Alles, was dessen Gewinn schmälern könnte, geht zulasten des Mieters.

Bei allen Bauten nach diesem Mietmodell – Schulen, Stadthallen, Straßen usw. – hat sich gezeigt, dass immer der Investor gewinnt, die öffentliche Hand verliert. Das Stadtparlament sollte diesen Plänen auf keinen Fall zustimmen.

Gernot Linhart

Habecks nukleare Kaltreserve – ein heißes Eisen

Wirtschaftsminister Habeck will die Kernkraftwerke Neckarwestheim und Isar 2, die nach dem gültigen Atomgesetz am 31.12.2022 endgültig abgeschaltet werden müssten, als Kaltreserve bereithalten. Wenn es Strommangel im Netz gibt, sollen sie wieder angefahren werden. Der Betreiber *Preußen Elektra* hat davor gewarnt. Einen Reaktor mit abgebrannten Brennelementen erneut anzufahren, sei im Betriebshandbuch nicht vorgesehen und nie erprobt worden.

Habeck konterte mit der Aussage, der Betreiber habe wohl nicht verstanden, was mit Kaltreserve gemeint sei.

Tatsächlich hat Habeck die Bedenken des Betreibers nicht verstanden und niemand erklärt ihm die Sachlage. Die Reaktorsicherheitskommission, die Bescheid wissen müsste, gehört zu einem anderen Ministerium.

In dem Reaktor sind $\frac{1}{3}$ der Brennelemente verbraucht. In den 3 Jahren Betriebszeit haben sich darin durch Kernspaltung und Aktivierung hoch radioaktive Isotope

gebildet, die den für die Kettenreaktion notwendigen Neutronenfluss verändern. Der Reaktor wird dadurch schlechter regelbar – ihn trotzdem wieder in Gang zu bringen, ist ein unkalkulierbares Experiment.

Der TÜV Süd hat bescheinigt, der Reaktor, dessen letzte gründliche Sicherheitsuntersuchung 13 Jahre zurückliegt und der in den letzten Jahren auf Verschleiß gefahren wurde, sei sicher.

Dieser TÜV steht zurzeit vor

Gericht, weil er einen Staudamm in Brasilien für sicher erklärt hat, der kurz danach brach. Mehrere Dörfer wurden zerstört, hunderte Menschen starben. Ein misslungenes Experiment mit einem Kernreaktor könnte schlimmere Folgen haben. Abgesehen davon benötigt das Anfahren eines Kernreaktors viel zu viel Zeit, als dass man damit sinnvoll auf eine Bedarfsspitze reagieren könnte.

Gernot Linhart



Lauterbachs Kommission enttäuscht

Im Mai hat Gesundheitsminister Lauterbach eine „Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung“ vorgestellt. Diese besteht vor allem aus Professoren der Ökonomie, des Öffentlichen Rechts, der Gesundheitswissenschaften und aus Chefärzten. Krankenschwestern und -pfleger, *einfache* Ärzte und Ärztinnen sowie Krankenkassen sind nicht vertreten.

Schon nach zwei Monaten hat sich die Kommission zu Wort gemeldet, und zwar mit Empfehlungen zur Verbesserung der Finanzierung von Pädiatrie, Kinderchirurgie und Geburtshilfe. Das sind die Bereiche, für die sich die Finan-

zierung durch Fallpauschalen besonders verheerend ausgewirkt hat. Die Pauschalen für diese Gebiete sind nicht kostendeckend. Kinderkliniken wurden geschlossen oder verkleinert, ein Drittel aller Kreißsäle wurde geschlossen. In vielen Gebieten in Deutschland gibt es keine derartige Einrichtung im 50 km Umkreis. Negative Geburtserfahrungen wurden die Regel, Komplikationen häufen sich. Die Empfehlungen der Kommission sind enttäuschend. Sie fordert lediglich ein paar Zuschläge zu den Pauschalen und etwas mehr Geld für kleine Kliniken.

Es ist zu erwarten, dass diese Kommission nichts an der Misere der

Krankenhäuser ändert. Es bräuchte einen durchdachten Plan zur Verteilung von Kliniken unterschiedlicher Größe und Schwerpunkte sowie eine Vergütung nach Aufwand und nicht nach Diagnose.

Das jetzige System schadet Personal und Patienten, es nützt nur Aktionären privater Krankenhauskonzerne. Alle Kliniken gehören in die Verantwortung der Öffentlichen Hand oder gemeinnütziger Träger, und sie müssen gemäß Krankenhausfinanzierungsgesetz von den Bundesländern gut finanziert werden.

Informationen aus „Dr. Hontschiks Diagnose“, FR vom 27.08.22

Gernot Linhart

Fakten zu den Referenden in der Ostukraine

2014 putschte sich in der Ukraine eine nationalistische/faschistische Regierung an die Macht. Seitdem führt sie einen faktischen Bomben-Krieg gegen die Regionen Lugansk und Donezk, die sich dem Putsch widersetzen.

Mehr als 14.000 Menschen sind bisher dort von der Ukraine getötet, die Infrastruktur und Wohngebäude zerstört worden, ohne dass die „westliche Wertegemeinschaft“ davon Kenntnis nahm, also stillschweigend duldet - und gleichzeitig die Ukraine aufrüstete.

Ebenso lang bemühen sich die ostukrainischen Länder um einen Autonomie-Status (Beispiel: Südtirol), der es ihnen erlaubt, ihre Sprache (Russisch) und Kultur zu pflegen, was seit dem Putsch streng verboten ist und streng bestraft wird.

Mit dem Vertrag von Minsk II, 2015 unterzeichnet von der Ukraine selbst sowie von Russ-

land, Deutschland und Frankreich als Garantie-Mächten, wurde ihnen ein Sonderstatus zugesagt. Das versprach auch Selensky, bevor er 2019 zum Präsidenten gewählt wurde.

Minsk II ist nie verwirklicht worden; die „Garantie-Mächte“ störte das ebenso wenig wie die anhaltende Beschießung von Lugansk und Donezk durch die Ukraine. Inzwischen wird zugegeben, dass nie die Absicht bestand, diesen Vertrag einzuhalten, sondern lediglich Zeit zur Aufrüstung gewonnen werden sollte.

Daraufhin erklärten sich die beiden Länder zu unabhängigen Staaten (wie z. B. auch das Kosovo). Sie wurden am 21. 02. von Russland anerkannt und ein Freundschafts- und Beistandsvertrag geschlossen.

Seit dem 24.02. kämpfen russische Truppen gemeinsam mit den Soldaten von Donezk und Lugansk,

was in Russland als „Spezialoperation“ und im Westen als „verbrecherischer Angriffskrieg“ bezeichnet wird.

Vom 23. bis 27.09. findet nun ein Referendum über den Beitritt der Volksrepubliken Lugansk und Donezk zur Russischen Föderation statt, ebenso in den Gebieten Cherson und Saporoschje.

Das Ergebnis dürfte eindeutig ausfallen, nachdem die Bevölkerung acht Jahre unter den Aggressionen Kiews leidet und Opfer erbringen musste. Mehr als fünf Millionen Menschen flohen bereits nach Russland.

Was haben sie auch von einem Präsidenten zu erwarten, der im September 2021 auf die Frage, wie er zur ostukrainischen Bevölkerung stehe, antwortete: „Es gibt Menschen und ‚Kreaturen‘“.

Erika Beltz

**Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.**

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

Keine Kampfpanzer für die Ukraine!

Prominente RegierungspolitikerInnen, wie Außenministerin Baerbock oder FDP-Außenpolitikerin Strack-Zimmermann, fordern immer lauter die Lieferung von Leopard 2 Kampfpanzern an die Ukraine. Es ist zu befürchten, dass sie sich damit durchsetzen.

Was ist neu daran?

Deutschland liefert bereits Panzerfahrzeuge, Mehrfachraketenwerfer und andere tödliche Waffensysteme an die Ukraine. Die Lieferung von Kampfpanzern wäre eine qualitative Steigerung, da diese vor allem in der Unterstützung ukrainischer Militäroffensiven eingesetzt würden. Deutschland würde damit ein weiteres Mal an der Eskalationsspirale schrauben und mehr und mehr zur direkten Kriegspartei werden.



**Keine
Kampfpanzer
an die
Ukraine!**



Immer weniger Beschränkungen

Auch unabhängig davon ist es ein Problem, wenn weitere Beschränkungen für Waffenlieferungen fallen. Kriegsministerin Lambrecht von der SPD kündigte bereits an, die Regelungen für den Export von Kriegswaffen noch weiter lockern zu wollen. Dabei

ist Deutschland schon jetzt der drittgrößte Waffenexporteur der Welt!

Der Krieg gegen Russland kommt uns teuer zu stehen. Mit jedem weiteren Eskalationsschritt steigt die Gefahr eines Übergreifens der Kampfhandlungen auf andere Gebiete und damit eines Weltkrieges. Wir fordern ein Ende dieser Eskalation!

- **Verhandeln statt schießen!**
- **Nie wieder Krieg von deutschem Boden! Stopp der deutschen Waffenexporte!**
- **100 Milliarden für Bildung und Gesundheit statt für den Krieg!**

SDAJ Gießen



<https://www.instagram.com/sdaj.giessen/>



https://www.facebook.com/sdaj.giessen/?ref=page_internal

Nein zu Verarmung und Krieg! Nordstream 2 öffnen statt Gasumlage!



Offensichtlich treibt der Raubzug der Bundesregierung durch Sanktionen und Krieg Millionen der eigenen Bevölkerung in die Verarmung. Die Folgen der Sanktionen sind Wirtschaftseinbrüche weltweit, gerade auch in den ärmsten Ländern. Die Unterordnung von Leben und Sicherheit unter die Profitbedürfnisse der kapitalistischen Gesellschaftsordnung befeuert Krise und Krieg.

Die völkerrechtswidrige Sanktionspolitik gegen Energieimporte

aus Russland lässt Energiepreise und Inflation in krisenhafte Höhen schießen. Und als ob es damit noch nicht genug wäre, als ob Konzerne nicht genug Profite gescheffelt hätten, soll die Bevölkerung zusätzlich durch die geplante Gasumlage zur Kasse gebeten werden. Der Gasimport über Nordstream 1 ist zum Erliegen gekommen. Schuld daran trägt nicht Russland, sondern der „Westen“ mit seiner Sanktionspolitik! Bei Nordstream 2 hat es die Bundesregierung allein in der Hand.

Die Freigabe des Gasimports über Nordstream 2 kann die Existenzbedrohung für kleinere und mittlere Unternehmen und von Armut unmittelbar bedrohten Bevölkerungsteilen abwenden.

Die Öffnung von Nordstream 2 würde Energiemangel mit der Folge von Produktionseinschränkungen in der Bundesrepublik unmittelbar verhindern und die Energiepreise drastisch sinken lassen – eine nachhaltig spürbare Entlastung vor dem Hintergrund der Inflation.

- Die DKP fordert den Gasimport über Nordstream 2 sofort freizugeben!
- Schluss mit Sanktionen und Waffenlieferungen!
- Hoch die internationale Solidarität!

siehe auch:
www.energiepreisstopp-jetzt.de

Leserbrief

Russische Deserteure und Verweigerer sollen hier Aufnahme finden, eventuell auch Asyl. Schön.

Hat man etwas gelernt oder warum geht das so schnell?

Es dauerte bis 2002, erst dann wurden pauschal die Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure aufgehoben. Ein Versuch 1998 scheiterte

damals an der regierenden Union.

Und 2007 tauchte ein US-Soldat in Deutschland unter. Er wollte nicht mehr in den völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak. Artig wurde sein Asylantrag abgelehnt.

Drei Fälle, die mich doch etwas nachdenklich machen.

Wolfgang Seibt



»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«

Rosa Luxemburg




unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!

Das Abo ist gratis und endet automatisch

E-Mail: abo@unsere-zeit.de

Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28

Gemeinsam kämpfen, gemeinsam feiern

Gut besucht war das diesjährige Sommerfest der DKP Gießen. Der Regen tat der Stimmung keinen Abbruch. Willi van Ooyen, Bundesausschuss Friedensratschlag und ehemaliger Landtagsabgeordneter der Linken,

führte durch einen der vielen Workshops, in dem es um die Friedensbewegung und ihre Weiterentwicklung ging. Alle waren sich einig, dass die Waffen sofort niedergelegt und Sanktionen beendet werden müssen. Umrahmt wurde das Programm mit Live-Musik von Dannyjune Smith, die zum Mitsingen einlud und der SDAJ-Band, die kämpferisch auftrat. Für das leibliche Wohl wurde gesorgt und das Fest fand beim Lagerfeuer seinen Ausklang.

Im nächsten Jahr feiern wir am 09.09. – Vormerken!

M.L.



Schon gesehen?
 Youtube-Kanal DKP Gießen [↗](#)
 Sommerfest der DKP:
<https://youtu.be/afdhpNvCoPs>

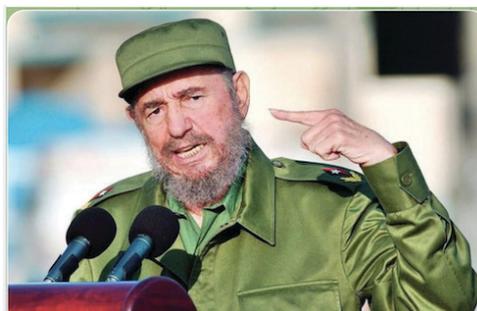
Haben wir tatsächlich die dümmste Regierung in Europa?

Niedergang oder Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus

Millionen Menschen haben Angst vor der Zukunft, vor explodierenden Lebenshaltungskosten und zunehmend auch um ihren Arbeitsplatz. Das Handelsblatt schrieb: „In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schließen.“ Die hohen Energiepreise, viel höhere als in vielen anderen europäischen Ländern, sind das Ergebnis politischer Entscheidungen. In Deutschland werden die Gewinner der Krise nicht zur Kasse gebeten. Die Mineralölkonzerne werden 2022 in Deutschland **38 Mrd. Euro** mehr Gewinn machen als im Schnitt der letzten Jahre, die Stromerzeuger sogar **50 Mrd. Euro**.

Großer Gewinner der aktuellen Lage ist der US-Imperialismus. US-Frackinggasanbieter machen mit jedem Tanker 200 Mio. Euro Gewinn. Deutsche Konzerne beginnen wieder mit Produktions-

verlagerungen, auch in die USA. Der Gaspreis ist in Deutschland inzwischen achtmal so hoch ist wie in Nordamerika. Der Gasverbrauch der Industrie brach um fast ein Fünftel ein und die Produktion ist dramatisch zurückgegangen.



"Der nächste Krieg in Europa wird zwischen Russland und dem Faschismus stattfinden, nur wird die westliche Welt diesen Faschismus als Demokratie bezeichnen!" - Fidel Castro

Was ist aus dem früheren Exportweltmeister geworden? Die Regierung Schröder schaffte die Grundlage für den Erfolg des deutschen Imperialismus: die Etablierung eines Niedriglohnssektors, billige Rohstoffe

und billige Energie aus Russland. Alle deutschen Regierungen bis zur jetzigen Ampel hatten sich den Forderungen der US-Regierungen widersetzt, Rüstungsausgaben zu erhöhen und den Exportüberschuss zu reduzieren. Aber spätestens seit Trump hat der US-Imperialismus den Druck auf Deutschland erhöht, mit dem Ziel, die BRD in die Front gegen China und Russland einzuspannen.

Der Krieg in der Ukraine gab den USA die Möglichkeit, die BRD zur Unterordnung unter deren Interessen zu zwingen. Widersprüche innerhalb des deutschen Kapitals verschärfen sich. Die großen Konzerne versuchen ihre Profite als Juniorpartner des US-Kapitals zu sichern – auf Kosten des mittleren Kapitals. Die von den USA erzwungene Aufrüstung der BRD wird den deutschen Militarismus stärken und mittelfristig die Widersprüche zum US-Kapital erhöhen.

Henning Mächerle



Termine

Fragen oder Anmeldungen an giessen@dkp.de

04.10.2022 um 19 Uhr:

Reinhard Lauterbach: "Krieg in der Ukraine", Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle

07.10.2022 um 18:30 Uhr:

Gala "Goldener Miethai" - Politische Inzenierung, Alte Kupferschmiede, Tiefenweg 7 (siehe auch rechts unten)

07.10. und 04.11.2022 um 19

Uhr: Stammtisch im Chamäleon

10.10., 24.10. und 07.11.2022 jeweils um 17 Uhr:

Kundgebung der SDAJ: "Für Heizung, Brot und Frieden", Marktplatz 15

19.10.2022 um 19 Uhr:

Gruppenabend / MV DKP GI, Bürgerhaus Wieseck

19.10.2022:

Redaktionsschluss Nov.-Echo

05.11.2022 ab 10:30 Uhr:

Infostand der DKP Gießen, Seltersweg

16.11.2022 um 19 Uhr:

Susann Witt-Stahl: "Geschichte, aktuelle Stärke und Einfluss der Faschisten in der Ukraine", Kerkrade-Zimmer, Kongresshalle (siehe auch rechts)

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Vor **50 Jahren** berichteten Mieter der Wohnbau über den schlechten Zustand der von ihnen bewohnten Häuser im Nordviertel. Feuchte Wände, marode Schornsteine, bei Regen Wasser im Keller, unbenutzbare Waschküchen – und keine Reaktion der Wohnbau bei Beschwerden. Besonders ärgerlich war, dass die Mieten in den letzten Jahren um bis zu 90% erhöht wurden waren, angeblich wegen „gestiegener Instandhaltungskosten“. Im Stadtparlament setzte sich keine der Fraktionen (SPD, CDU,

FDP) für die Mieter ein.

Vor **40 Jahren** gab es Gerüchte, die Stadt wolle das Jugendzentrum Kanzleiberg, das einige Jahre zuvor von den Jugendlichen erkämpft worden war, an einen Investor verkaufen. Von der CDU und der Gießener Presse war das Zentrum seit seiner Eröffnung bekämpft und verleumdet worden. Tatsächlich wurde das Gebäude kurz danach von einem Investor gekauft, abgerissen und durch teure Wohnungen ersetzt. Einen angemessenen Ersatz für die vertriebenen Jugendlichen gab es nie.

Vor **30 Jahren** wurde der Sozialabbau in Deutschland fortgesetzt. Nach dem Anschluss der DDR brauchte man kein Schaufenster mehr, mit dem man den Menschen im Osten ein Paradies im Westen vorgegaukelt hatte. Vor allem im Gesundheitswesen wurden die Bürger zur Kasse gebeten. Höhere Beiträge und Zuzahlungen zum Krankenhaus, zu Medikamenten, zu Zahnersatz und zu medizinischen Hilfsmitteln wurden eingeführt und nach und nach weiter erhöht.

Vor **20 Jahren** waren fehlende Ausbildungsplätze ein Problem. Die SPD hatte vor der Bundestagswahl 1998 eine Ausbildungsabgabe für Betriebe ohne eigene Ausbildung gefordert. Nach ihrem Wahlsieg wollte sie nichts mehr davon wissen. An der Misere hat sich bis jetzt nichts geändert.

Vor **10 Jahren** berichteten wir über einen Erfolg der Bürgerinitiative gegen die Landesgartenschau. Die Schau konnte zwar nicht verhindert werden, wohl aber die Abholzung der Bäume rund um den Schwanenteich. Heute ist das wieder aktuell, mit den gleichen Akteuren. Frau Weigel-Greilich, damals noch Bürgermeisterin, will nach wie vor ihrem Spitznamen „Kettensägen-Gerda“ gerecht werden. Es besteht aber Hoffnung, dass auch dieses Mal ein großer Teil der Bäume gerettet werden kann.

G.L.



Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwort.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:

Gießener Echo,
Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de

